

TTIP – Vollbremsung für Nachhaltige Entwicklung

Hartmut Vogtmann und Jürgen Maier

Deutschland und Europa sind heute noch nicht »nachhaltig«, sondern müssen es erst noch werden. Deswegen gibt es in Deutschland und in der EU Nachhaltigkeitsstrategien, mit denen das Leitbild der »nachhaltigen Entwicklung« von Rio 1992 von der Vision allmählich zur Realität werden soll. Denn Nachhaltigkeit kommt nicht von alleine, sondern dafür müssen wir etwas tun. Was man dafür tun muss, ist Gegenstand demokratischer Diskussionen, im Parlament, in der Öffentlichkeit, und darüber kann man trefflich streiten – aber eines ist klar: weiter so, »business as usual«, das gehört nicht zu den politischen Optionen, mit denen wir Nachhaltige Entwicklung erreichen.

Wenn wir mehr Nachhaltigkeit erreichen wollen, werden wir auch regulieren müssen. D.h. nicht mehr, aber anders, nämlich intelligent regulieren. Es geht um mehr Ressourceneffizienz, mehr Energieeffizienz, um den Ersatz von problematischen Stoffen durch weniger problematische, um Recyclingvorschriften usw. Wie auch immer eine Politik und die damit einhergehende regulatorische Rahmensetzung für mehr Nachhaltigkeit aussehen mag – es wird wirtschaftliche Gewinner und Verlierer geben, und es wird Branchen und Unternehmen geben, die zwar nicht unbedingt zwangsläufig Verlierer sein **müssen**, aber dieses befürchten. Sie werden deswegen versuchen, eine solche Politik zu verhindern. Es wäre daher keine gute Idee, diesen realen oder vermeintlichen Verlierern möglichst viele Mittel in die Hand zu geben, eine Politik für mehr Nachhaltigkeit möglichst lange zu verzögern.

TTIP wäre aber ein exzellentes Mittel, um genau das zu tun. Die mit TTIP angestrebte »regulatorische Harmonisierung« würde jede Art von Regulierung noch viel umständlicher, langwieriger und bürokratischer machen als sie ohnehin schon ist. In den USA hat die Reagan-Regierung vor 30 Jahren Regulierungen für Umwelt- und Verbraucherschutz derart erschwert und gleichzeitig Industrielobbies viele Möglichkeiten zur Einflussnahme gegeben, dass das Land seitdem in diesem Bereich kaum noch Fortschritte gemacht hat. Ähnliche Planungen hat auch die EU-Kommission mit ihrem REFIT-Programm zur »Entbürokratisierung« der

Regulierung. Mit der im TTIP geplanten regulatorischen Kooperation und Harmonisierung könnte man so eine Deregulierungsagenda sogar noch völkerrechtlich absichern.

Aus Nachhaltigkeits-Gesichtspunkten ist das eine Politik, die man nur ablehnen kann. Denn Europa muss eine aktivere Umweltpolitik betreiben und damit würden sich zwangsläufig die regulatorischen Unterschiede zu den USA vergrößern und natürlich auch zu anderen, Kanada beispielsweise. Wenn man Nachhaltigkeit ernst nimmt, dann ist auch richtig so. Die Geschichte von Innovationen, von Fortschritt für mehr Nachhaltigkeit ist eine Geschichte von Vorreitern, die regulatorische Unterschiede vergrößert haben, von Europäern genauso wie von Amerikanern, die das gemacht haben. Unter dem Gebot der regulatorischen Harmonisierung wäre der Katalysator in Kalifornien nie eingeführt worden, das war nicht mal mit dem Rest der USA harmonisiert, von der EU mit ihren 28 Mitglieds-Staaten ganz zu schweigen.

Es wird von den konkreten Vertragsbestimmungen abhängen, wie sehr TTIP unsere politischen Handlungsspielräume beschneiden wird, sowohl in Deutschland als auch in der EU, aber in jedem Fall ist klar: selbst wenn TTIP regulatorische Fortschritte in Richtung für mehr Nachhaltigkeit nicht direkt völkerrechtlich verbieten würde, sofern sie nicht im Konsens mit den Amerikanern beschlossen werden, so würde es doch in jedem Fall als Wettbewerbsnachteil ausgelegt werden, wenn man in der EU so etwas machen würde. Konsequenz: damit wäre es politisch extrem schwer durchzusetzen. Das ist die ganze Logik des Projekts, und so etwas ist die falsche Politik.

Noch extremer wäre dies der Fall, wenn es zu der von Handelskommissar de Gucht vorgeschlagenen »gegenseitigen Anerkennung« von Standards käme. Statt gemeinsame Standards zu entwickeln, würden einfach die Standards der jeweils anderen Seite als gleichwertig anerkannt. Natürlich setzt sich in einer Marktwirtschaft sofort der niedrigere und daher billigere Standard durch. Wir könnten kaum noch neue, anspruchsvollere Gesetze für Umwelt- oder Verbraucherschutz beschließen.

Handlungsbedarf gibt es aber genug. Nehmen wir etwa folgendes Beispiel: wenn wir in Europa in 5 Jahren zu der Meinung kommen würden, die Probleme mit dem Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung haben ein solches Ausmaß angenommen, dass wir das jetzt verbieten oder scharf zurückdrängen sollten – können wir das dann überhaupt noch, wenn die Amerikaner

sagen, wir sehen das aber anders? Genau solche Blockademöglichkeiten sind das Interesse vieler Industrielobbys, die derzeit so viel Stimmung für TTIP machen. So will etwa Syngenta die „unwissenschaftlichen Verbote“ von bienengefährlichen Pestiziden in der EU unterlaufen, wie ihr CEO John Atkin beim Forum on the Future of Agriculture 2014 kürzlich erklärte: das geplante TTIP würde die »Komplexität der Standards« reduzieren, damit den Handel vereinfachen – denn Lebensmittel- und Verbraucherschutzstandards müssen harmonisiert werden, das seien unnötige Handelshemmnisse.

Die Versicherungen der Kommission und der Bundesregierung, europäische Umwelt- und Verbraucherschutzstandards wie etwa das Vorsorgeprinzip würden nicht angetastet, wirken vor diesem Hintergrund nicht sehr glaubwürdig. Regulatorische Harmonisierung erreicht man nicht dadurch, dass eine Seite nichts ändert und die andere sich anpasst. Die American Soybean Association hat diesbezüglich eine sehr viel realistischere Auffassung: es sei das Wesen von Handelsabkommen, dass alle Seiten ihre Gesetze und Regulierungen ändern müssen: *»The very nature of trade agreements necessitates the changing of laws and regulations by all parties to implement their provisions.«*

Es wäre natürlich gut, wenn Europa mit den Amerikanern vereinbaren würden, der jeweils höchste Standard wird verbindlich – aber das hat noch niemand vorgeschlagen, das wäre weltfremd, so etwas bekommen wir nicht. Und natürlich wäre es gut, wenn wir Politik für mehr Nachhaltigkeit gemeinsam mit den Amerikanern machen könnten. Aber es darf nicht **Bedingung** sein für eine Politik für mehr Umweltschutz, für mehr Nachhaltigkeit, dass die Amerikaner mitmachen. Notfalls ist Umweltschutz wichtiger als der Abbau »nichttarifärer Handelshemmnisse« oder auch »regulatorische Harmonisierung«. Das TTIP-Projekt setzt genau die falschen Prioritäten, da stimmt die ganze Richtung nicht. Deshalb muss es gestoppt werden.

Prof.Dr. Hartmut Vogtmann, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung